



# Freie und Hansestadt Hamburg

## Staatliche Pressestelle

3. September 2003

### Verantwortungsbewusste Konsolidierung

## **Rede des Finanzsenators Dr. Wolfgang Peiner vor der Hamburgischen Bürgerschaft zur Einbringung des vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg beschlossenen Haushaltsplan-Entwurfes 2004**

### **Finanzpolitik für die wachsende Stadt der Zukunft**

„Frau Präsidentin,  
meine Damen und Herren,

der Senat bringt heute den Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2004 sowie die Mittelfristige Finanzplanung 2003 bis 2007 in die Hamburgische Bürgerschaft ein. Er dokumentiert damit – nach der Wiederaufnahme der Konsolidierung Ende 2001 – zum dritten Mal die Entschlossenheit des Senats, die **Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt als Metropole und wachsende Stadt** wahrzunehmen.

### **I. Transparenz als Voraussetzung solider Finanzpolitik**

Hintergründe und Erläuterungen in Zahlen und Worten sind ausführlich im **Finanzbericht 2004** dargestellt, der Ihnen vorliegt. Der Finanzbericht 2004 wurde gegenüber dem Vorjahr noch einmal erweitert und enthält zusätzliche Informationen. Die **beiden Zuwendungsberichte** – der „Große“ und der „Kleine“ – sowie der **Beteiligungsbericht** ergänzen ihn. Mit allen Berichten zusammen leistet der Senat einen Beitrag zur Transparenz als Voraussetzung solider Finanzpolitik.

### **II. Finanzpolitik zur Gestaltung der Zukunft unserer Stadt**

Meine Damen und Herren, **Finanzpolitik** ist aber kein Selbstzweck. Finanzpolitik steht nicht allein, sondern ist eingebunden in den **Auftrag, das Leitbild der Metropole Hamburg als wachsende Stadt zu unterstützen und zu ermöglichen.**

Meine Damen und Herren, dieser Senat hat dieser Stadt ein **Leitbild** gegeben. Eine Orientierung, wie es zuletzt vor 30 Jahren unter Bürgermeister Herbert Weichmann existierte. Es

ist nicht für die Dauer eines Wahlkampfes formuliert, sondern für die Zukunft unserer Stadt. Es beansprucht **Geltung für mindestens zwei Jahrzehnte** – weit über eine Wahlperiode hinaus. Wir haben den Ehrgeiz, dass unser Leitbild langfristig gilt und richten unsere Finanzpolitik an diesem Leitbild konsequent aus.

Seine wesentlichen **Leitlinien** sind: Ausbau der Metropolregion – regional und international, überdurchschnittliches Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum, Erhöhung der Einwohnerzahl, aber vor allen Dingen auch Sicherung der Lebensqualität und der Zukunftsfähigkeit. Diesem Ziel ordnet sich die Finanzpolitik der Freien und Hansestadt Hamburg unter.

### **III. Verantwortungsbewusste Konsolidierung**

#### *1. Einnahmen- und Ausgabenproblem*

Dabei, meine Damen und Herren, müssen wir aber auch einsehen, dass wir vor erheblichen Problemen stehen. **Probleme**, die vielschichtig sind. An dieser Stelle möchte ich den Rechnungshof vom März diesen Jahres zitieren: „Wir, die Freie und Hansestadt Hamburg, **leben seit langem über unsere Verhältnisse und geben mehr aus, als wir einnehmen**. Seit 1970 hat es nur ein Jahr ohne zusätzliche Kreditaufnahme gegeben, seit 1993 können wir mit wenigen Ausnahmen sogar die laufenden Ausgaben nicht mehr aus den laufenden Einnahmen bezahlen.“

Der Rechnungshof stellt die Frage: „Wie kann Hamburg, wie kann überhaupt jemand über so lange Zeit mehr ausgeben als er einnimmt?“ Und er mahnt uns, beim Rückgriff auf die Substanz und bei der Verschuldung nicht mehr weiter voran zu gehen. Dies bestimmt wesentlich den Rahmen dessen, in dem wir uns bewegen müssen.

Die Einnahmeerwartungen liegen für 2004 auf einem weiterhin niedrigen Niveau und die Ausgaben werden immer noch nicht endgültig den Realitäten angepasst. Das ist der Grund, warum wir vor einem doppelten Problem stehen. Es ist nun unsere Aufgabe, in diesem **Spannungsverhältnis eine solide Finanzpolitik zu gestalten**.

Meine Damen und Herren, wir haben noch **weitere „Altlasten“** zu bewältigen – unabhängig von dem Substanzverlust und auch von der Verschuldungsproblematik. Ich meine den Erhaltungszustand unserer Schulgebäude, unserer Universitäten, unserer Häfen und unserer Straßen, die sich allesamt in einem beklagenswerten Zustand befinden. Und wir haben viele ungelöste Probleme, wie bei dem Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg und bei pflegen & wohnen.

Deswegen ist unsere gemeinsame Erkenntnis: Wir haben bei einer Bewertung der Ursachen festzustellen, dass wir **sowohl ein Einnahmeproblem als auch ein Ausgabenproblem** haben.

Ursache der Steuerausfälle ist in erster Linie die wirtschaftliche Entwicklung und damit die **verfehlte Wirtschaftspolitik des Bundes**, die nunmehr fast alle Länder, Städte und Gemeinden sowie den Bund vor fast unlösbare Aufgaben bei der Aufstellung ausgeglichener Haushalte stellt. Die aktuelle Einnahmeschwäche des Staates ist nicht nur konjunkturell bedingt, sondern in hohem Maße auch struktureller Natur.

Aber Ursache für die kritische Haushaltsentwicklung sind auch die Ausgaben. Jahrelang haben Bund, Länder und Gemeinden die Steigerung ihrer Ausgaben an unrealistischen Zuwachsraten der Einnahmen orientiert. Die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben wurde immer größer und heute wissen wir, dass die dramatischen Einbrüche bei den Steuereinnahmen im Jahre 2001 keine Ausnahme waren, sondern auch in Folgejahren auf diesem niedrigem Niveau verharren. Diese **strukturelle Fehlentwicklung auf einen realistischen Ansatz zu bringen, liegt in der Verantwortung** zunächst der jeweiligen Gebietskörperschaft – also bei uns selbst. Soweit die Zuwachsraten durch Bundesgesetze bedingt sind, ist der Bund hierfür in der Pflicht.

Ein bundesweites Problem ist, dass wir im Moment eine **Steuerquote** haben, wie wir sie in der Vergangenheit noch nie gehabt haben. Sie ist **extrem niedrig**, ohne dass dieses das Ergebnis rationeller planerischer Ansätze der Politik war. Es ist eher ein zufälliges Ergebnis der Steuergesetzgebung, denn des Ergebnisses systematischer Vorausschauung. Doch dieser Effekt kommt nicht bei den Bürgern und auch nicht bei den Betrieben als zusätzliche Kaufkraft an, sondern wird zusätzlich überkompensiert durch hohe Lohnnebenkosten, die insgesamt dazu führen, dass die verfügbaren Einkommen in den letzten Jahren nur gesunken sind.

Und wie groß unser Problem quantitativ ist, zeigt sich in der Mittelfristigen Finanzplanung, die der (alte) Senat vor zwei Jahren um diese Zeit vorgelegt hat – also noch vor der letzten Bürgerschaftswahl. Sie geht von Steuereinnahmen aus, die etwa eine Milliarde Euro höher waren als heute. Dagegen müssen wir anarbeiten.

## *2. Ziele unserer Finanzpolitik*

Und vor diesem Hintergrund haben wir **unsere Ziele** formuliert:

- Ausgeglichener Betriebshaushalt bis 2006,
- sukzessive Erhöhung der Investitionen und
- schrittweise Senkung der Nettoneuverschuldung.

Meine Damen und Herren, wir haben vor knapp zwei Jahren gesagt, dass wir das Ziel haben, den Betriebshaushalt 2004 auszugleichen. Auf dieser Grundlage haben wir die Haushaltspläne für 2003 und 2004 erstellt. **Wir haben** als Senat **alle unsere eigenen, uns gesetzten Vorgaben für 2003 und 2004 erfüllt**. Wenn wir dennoch das Ziel eines ausgegli-

chenen Betriebshaushaltes 2004 nicht erreichen, dann ausschließlich deshalb, weil uns der Bund einen Strich durch die Rechnung gemacht hat und nach den beiden Steuerschätzungen über eine Milliarde Euro zusätzliche Steuermindereinnahmen für Hamburg berücksichtigt werden müssen.

Wir gehen jetzt davon aus, dass wir das Ziel erreichen, **bis 2006 einen ausgeglichenen Betriebshaushalt zu schaffen**. Dann steht auch ein erster Überschuss zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung.

Dies werden wir durch einen Doppelhaushalt 2005/2006 gesetzlich sicherstellen. Das Haushaltsvolumen gegenüber der Finanzplanung von vor zwei Jahren (Finanzplan 2002 –alt- vom Sommer 2001) **verbessern wir strukturell um 400 Mio. Euro** – fast ausschließlich **durch Absenkung der Ausgabensätze**.

Gleichzeitig **erhöhen wir die Investitionen** schrittweise bis auf eine Milliarde Euro und senken die Neuverschuldung schrittweise bis 2007 auf 600 Mio. Euro pro Jahr ab.

### *3. Keine Alternativen zur verantwortungsbewussten Konsolidierung*

Meine Damen und Herren, wir haben uns natürlich auch gefragt: Gibt es zu diesem Kurs Alternativen?

**Eine Alternative** wäre der Verzicht auf die Konsolidierung unter Inkaufnahme höherer Neuverschuldung. Das hätte aber bedeutet, dass ohne gegensteuernde Maßnahmen auf der Ausgabenseite die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts für mehrere Jahre in Folge hätte erklärt werden müssen. Das ist verfassungsrechtlich nicht möglich, und deswegen haben wir dieses auch nicht hingenommen. Am Ende einer solchen Abwärtsspirale stünde zwangsläufig die Feststellung eines Haushaltsnotstandes, aber ohne Anspruch auf Hilfe durch den Bund, weil die Lage selbstverschuldet wäre.

Meine Damen und Herren, im Hinblick auf den Haushaltsnotstand erlauben Sie mir eine Bemerkung zum aktuellen 10-Punkte-Programm der SPD (Auszug – „Finanzen: Eine Allianz der Stadtstaaten soll Hamburgs Finanzen bei den Entscheidungen über die Steuerpolitik sichern und die Blockadepolitik der unionsregierten Bundesländer überwinden.“): Berlin hat den Haushaltsnotstand gestern erklärt und ist vor das Bundesverfassungsgericht gezogen, Bremen hat den Haushaltsnotstand bereits vor einigen Jahren erklärt. Beide Länder bzw. Stadtstaaten erwarten nun vom Bund und den anderen Ländern besondere Hilfen. Wieso dann, meine Damen und Herren von der SPD, Ihr 10-Punkte-Programm den Punkt umfasst, eine Allianz der Stadtstaaten solle Hamburgs Finanzen bei den Entscheidungen über die Steuerpolitik sichern und die Blockadepolitik der unionsregierten Bundesländer überwinden, ist mir schlicht ein Rätsel. Mit zwei Notlagenländern möchte ich keine gemeinsame Allianz bilden. Wir gehören in eine andere Liga. Und ich sage Ihnen, was auch häufig unser ehemaliger Erster Bürgermeister von Dohnanyi gesagt hat: Es war ein verhängnisvoller Fehler

hamburgischer Finanzpolitik, sich mit den Schwachen zu solidarisieren, obwohl wir Geberland sind. Uns in einer solchen Situation mit den Kandidaten Bremen und Berlin zu verbünden, wäre für Hamburg der politische Irrweg.

Meine Damen und Herren, aber auch die **zweite Alternative**, der sofortige und vollständige Ausgleich des Haushaltes in 2004 durch drastische Leistungseinschnitte auf der Ausgaben-seite wäre unrealistisch, weil er die Änderung fast aller gesetzlichen und vertraglichen Grundlagen notwendig macht – insbesondere auch von Bundesgesetzen. Wir wissen, dass die Leistungen von Bundesgesetzen von uns alleine nicht geändert werden können.

#### *4. Aufeinander abgestimmte Maßnahmen*

Deswegen haben wir den, wie ich finde, verantwortungsbewussten **Mittelweg der verantwortungsbewussten Konsolidierung** gewählt: Konsequentes Sparen in den Bereichen, auf die ich gleich eingehe, aber auf der anderen Seite im Interesse des Wachstums in der Stadt deutliche Schwerpunkte bei den politischen Prioritäten.

Was bedeutet das? Wir haben **Nachhaltigkeit – Verantwortung für künftige Generationen – zum Maßstab unseres Handelns** gemacht. Verantwortungsbewusstes Konsolidieren bedeutet Opfer, aber dennoch zumutbare Belastungen für alle. Vor allen Dingen dürfen wir nicht mehr über unsere Verhältnisse leben, wie wir es, und da hat der Rechnungshof Recht, jahrzehntelang in dieser Stadt getan haben.

Deswegen setzen wir auf einen **Mix unterschiedlicher, aufeinander abgestimmter Maßnahmen**:

- Stabilisierung der Steuereinnahmen,
- Überrollung der Vorjahresansätze,
- aufgabenkritische Einsparungen,
- Einfrieren der Personalausgaben, Einnahmeerhöhungen,
- Vermögensmobilisierung,
- aber auch Bundesratsinitiativen zum Subventionsabbau und gegen Mehrausgaben bei Ländern und Gemeinden.

Mit diesem Mix vermeidet der Senat eine für die wirtschaftliche Entwicklung schädliche prozyklische Finanzpolitik und setzt seine verantwortungsbewusste Politik für diese Stadt konsequent fort. Vor allen Dingen wollen wir damit auch eins erreichen: **Wir wollen nicht in die Situation kommen, verfassungswidrige Haushalte vorlegen zu müssen**. Der Bund ist dabei, nun mittlerweile im dritten Jahr hintereinander, nämlich 2004, den Notstand auszurufen und die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts festzustellen. Unser Nachbarland Schleswig-Holstein wird dies vermutlich auch zum dritten Mal hintereinander tun.

Hamburg wird dagegen auch weiterhin einen soliden Haushalt vorlegen und nicht auf dieses Instrument, das im Grunde genommen nur ein Freibrief für höhere Verschuldung ist, zurückgreifen müssen. Wir werden damit unserer Verantwortung gerecht und stärken das Vertrauen in eine wachstumsgerechte Finanzpolitik.

Zugleich wird aber auch deutlich, dass ohne Mitwirkung des Bundes die Abwärtsspirale, in der sich die deutsche Wirtschaft befindet, und deren unmittelbaren Auswirkungen sich bei den Steuereinnahmen niederschlagen, nicht beendet werden kann. Sie muss aber beendet werden und deswegen **fordern wir die Bundesregierung auf, im Interesse der Bürger und der Unternehmen für Vertrauen und Berechenbarkeit zu sorgen und die entsprechenden Weichen für eine Reformgesetzgebung zu stellen.**

#### **IV. Maßnahmen verantwortungsbewusster Konsolidierung**

Meine Damen und Herren, unsere Maßnahmen im Einzelnen:

##### *1. Stabilisierung der Steuereinnahmen*

Wichtig und am Anfang steht für uns die Stabilisierung der Steuereinnahmen – aber **nicht durch höhere Steuern, nicht durch höhere Steuersätze und schon gar nicht durch neue Steuern.** Wir erteilen allen Bemühungen der Sozialdemokraten, eine Vermögensteuer neu einzuführen, auch heute und hier eine klare Absage. Und meine Damen und Herren, wir werden auch keine höheren Steuersätze in Hamburg einführen – weder bei der Gewerbesteuer noch bei der Grundsteuer. Wir erklären auch hier klar, wenn sich die Gewerbesteuer in Hamburg verändern sollte, dann nur nach unten, nicht nach oben.

Wir werden diejenigen, die bei uns die Steuern bezahlen und die einen Beitrag zu dieser wirtschaftlichen Entwicklung tragen, nicht noch zusätzlich belasten. Aus diesem Grunde auch hier unser **Appell an die Bundesregierung, die Verwirrung der Bürger und Unternehmen im Bereich der Steuerpolitik zu beenden** und insbesondere die diffusen Äußerungen zwischen Bundeswirtschaftsminister Clement einerseits und Bundesfinanzminister Eichel andererseits zu beenden und zu einer klaren und belastbaren Aussage für die Politik in Deutschland zu kommen.

Meine Damen und Herren, wir haben als Basis für den Haushaltsplan-Entwurf 2004 und die Finanzplanung 2003 bis 2007 die Daten der mittelfristigen Steuerschätzung vom Mai 2003 genommen. Das ist nicht ganz frei von Risiken; das wissen wir. Aber wir sind daran gebunden, weil das eine Grundlage des Finanzplanungsrates ist, die für Bund, Länder und Kommunen vereinbart ist. Wir können bisher gegenüber 2003 noch keine nennenswerten Abweichungen feststellen. Deswegen gehen wir davon aus, dass wir uns hoffentlich auf diesem extrem niedrigen Niveau, man muss leider schon sagen konsolidiert haben.

Ein zentrales Thema der nächsten Monate wird die **Gemeindefinanzreform** sein. Die **Ziele** hat der Senat festgelegt:

- Wir brauchen eine verlässliche Finanzierungsgrundlage für die kommunale Infrastruktur und
- die Steuer muss sich an der Wirtschaftskraft orientieren, um Anreize für die Ansiedlung von Unternehmen und damit von Arbeitsplätzen zu bieten.
- Sie darf nicht zu höherem Verwaltungsaufwand führen.

Und, meine Damen und Herren, wir haben in der Kommission Vorschläge zur Neuordnung der Gemeindefinanzen lange und intensiv diskutiert – auch gemeinsam mit dem Bundesfinanzminister. Ungeachtet dessen hat die Bundesregierung ein Konzept vorgelegt, das allen Diskussionen in dieser Kommission und insbesondere den Interessenlangen Hamburgs schlicht nicht entspricht. Und ich habe die herzliche Bitte, auch an die Sozialdemokraten in dieser Stadt, da wo sie im Bund Einfluss haben – und das haben sie an einigen Stellen – dafür zu sorgen, dass hier ein Konzept zum Tragen kommt, das nicht fundamental den Interessen der Freien und Hansestadt Hamburg widerspricht. Und ich bin eigentlich sehr froh, dass auch der Landtag in Schleswig-Holstein in der letzten Woche einstimmig – und ich betone einstimmig – den Entwurf der Bundesregierung zurückgewiesen hat.

Meine Damen und Herren, im Norden herrscht noch Vernunft – zumindest in den Parlamenten der Länder. Hamburg wäre von dem Einnahmeeinbruch zusätzlich betroffen, wie nach der Unternehmenssteuerreform. Das können und wollen wir nicht hinnehmen. 5 Prozent der in Deutschland eingenommenen Gewerbesteuer werden in Hamburg erwirtschaftet, obwohl hier nur 2,8 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten tätig sind. Deswegen ist heute fast unser Grundsatz: Lieber keine Gewerbesteuerreform, als die, die heute die Bundesregierung vorgeschlagen hat. Und ich bin sicher, dass wir hier sogar gemeinsam eine Linie mit Schleswig-Holstein haben.

Wir haben im Bundesrat ein **Sofortprogramm** vorgeschlagen, das zumindest kurzfristig die Einnahmenbasis der Gewerbesteuer sichert.

In dieser Situation ist der Bundesregierung nichts anderes eingefallen, als die **dritte Steuerreformstufe** vorzuziehen. Ich kenne zurzeit kein einziges Bundesland in Deutschland, weder SPD- noch CDU-regiert, das diesen Vorschlag des Vorziehens fördert und unterstützt, wenn er nicht ergänzt wird durch solide Gegenfinanzierung. Und auch hier habe ich die herzliche Bitte an die Sozialdemokraten und an die Grünen, darauf zu dringen, dass der Bund eine Gegenfinanzierung findet.

Das Vorziehen der dritten Steuerreformstufe **kostet Hamburg über 200 Mio. Euro im Jahr 2004 und würde Hamburg an die Grenze der Verfassungswidrigkeit im Haushalt bringen**. Ich denke, daran zeigt sich wieder einmal, dass offenbar Verschuldung für diese Bun-

desregierung schlicht keine Rolle spielt. Das ist genau das zentrale Problem, vor dem wir stehen: Zum dritten Mal hintereinander wird der Bund im Jahr 2004 gegen die Maastricht-Kriterien verstoßen. Wir möchten dazu keinen Beitrag aus Hamburger Sicht leisten.

## *2. „Überrollung“ der Ausgabenansätze aus dem Vorjahr*

Nach der Sicherung der Einnahmenbasis haben wir die Ausgabenansätze „überrollt“, d.h. praktisch eingefroren. Der Effekt – davon gehen wir aus – hat ungefähr ein **Volumen von rund 35 Mio. Euro oder auch mehr**. Eine nicht einfache Aufgabe für die Behörden und Ämter, aber ein notwendiger Grundsatz, mit dem wir einen wesentlichen Beitrag unseres Konsolidierungsprogramms erreichen.

In diesem Zusammenhang **frieren wir auch die Personalausgaben ein**. Wir wissen, dass wir den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes damit schwere Opfer zumuten. Aber, meine Damen und Herren, Ursache ist nicht das harte Herz des Hamburger Senats, sondern Ursache sind die Steuereinnahmen und diese Steuereinnahmen sind ausschließlich und allein Ergebnis der verfehlten Finanzpolitik des Bundes, für die die Hamburger Beamten – wie alle Beamten in Deutschland – jetzt leider Gottes ihr Opfer bringen müssen.

Aber das Problem muss an der Wurzel gelöst werden. Und ich verstehe schon, wenn auch die Hamburger Beamten wie gestern auf dem Gänsemarkt dagegen demonstrieren. Dafür haben wir Verständnis. Aber ich sage auch noch einmal: Wir stehen vor einer Situation, die alle Länder und den Bund gleichermaßen berührt. Es handelt sich nicht um eine Hamburger Sonderregelung – im Gegenteil, Hamburg hat eine soziale Absicherung und Staffelung vorgenommen und Hamburg hat selbst angeregt, dass das Thema Sonderzuwendung in drei Jahren wieder neu auf den Prüfstand gestellt wird. Wenn die Steuereinnahmen wieder steigen, wenn die Konjunktur wieder anspringt, wenn Deutschland wirtschaftlich wieder in Tritt gerät, dann werden wir auch unseren Beitrag wieder leisten, dass die Beamten wieder mehr Geld in ihre Taschen bekommen.

## *3. Aufgabenkritik fortsetzen („Jesteburg-Prozess“)*

Meine Damen und Herren, der dritte Punkt ist die Fortsetzung unserer „Jesteburger Beschlüsse“ und der Aufgabenkritik: „Jesteburg I“ beinhaltet für das Jahr 2003 75 Mio. Euro, in 2004 sind es 70 Mio. Euro. Und wir haben bereits jetzt Grundsatzbeschlüsse für die Jahre 2005 und 2006 getroffen („Jesteburg II“). Es gibt **kein anderes Bundesland, das bereits jetzt entsprechende Eckdaten bis einschließlich 2006 beschlossen hat**. Insgesamt ergibt sich aus diesen Faktoren dann ein Konsolidierungsprogramm von rund 432 Mio. Euro in vier Jahren. Das sind ungefähr 1,1 Prozent der bereinigten Gesamtausgaben pro Jahr.

Meine Damen und Herren, ich weiß sehr wohl, dass auch der rot-grüne Senat in den Jahren 1994 bis 2001 ein Konsolidierungsprogramm vorgelegt hat. Das war mit 1,5 Prozent der

Ausgaben pro Haushaltsjahr im Schnitt sogar pro Jahr etwas höher als unser Programm (1,1 Prozent der Ausgaben), gar keine Frage. Aber ich bitte Sie dabei zu berücksichtigen, dass dieses Konsolidierungsprogramm natürlich von einem deutlich höheren und weit komfortableren Ausgaben- und Einnahmenniveau ausging, als wir es heute leisten müssen.

Wir setzen dabei auf Wettbewerb, auf Anreize und auf private Trägerschaften. Die Beispiele sind kurz benannt: Private Hochschulen, das Kita-Gutscheinsystem, mehr private Schulen, Benchmarking der Behörden, Gebäudemanagement, private Betreibermodelle, Privatisierung öffentlicher Unternehmen, aber vor allen Dingen auch und nicht zuletzt die Überprüfung und Senkung der Zuwendungen. Aus diesem Grunde haben wir die Zuwendungsberichte vorgelegt.

Und **wir reduzieren die Bürokratie nach klaren Ordnungskriterien**, die wir im Mai 2002 verabschiedet haben. Jetzt sind wir dabei, konsequent und kontinuierlich Behörden und Ämter zusammenzulegen, Finanzämter zu straffen, Hierarchien herauszunehmen, Senatsämter aufzulösen, Mittelbehörden abzuschaffen, Intendantzbereiche zu reduzieren, eigenständige Beauftragte abzuschaffen, aber vor allen Dingen auch Entscheidungsprozesse zu straffen.

Denn, meine Damen und Herren, eine öffentliche Verwaltung wird heute auch daran gemessen, ob sie in der Lage ist, berechenbare und zuverlässige Entscheidungen sicherzustellen und hierzu schaffen wir jetzt die entsprechenden Voraussetzungen.

Und, meine Damen und Herren, **wir setzen auf Kooperation mit unseren Nachbarländern**. Was offenbar Jahrzehnte nicht möglich war, haben wir in kurzer Zeit auf den Weg gebracht – nämlich gemeinsam mit Hamburg und Schleswig-Holstein – und das ist nur ein Beginn, denn wir führen vergleichbare Gespräche mit Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und auch mit Bremen. Das ist nicht nur die Fusion der Landesbanken, das ist nicht nur der Zusammenschluss der Datenverarbeitung, sondern auch die Zusammenlegung wichtiger Ämter. Dieser Weg wird weiter beschritten werden und zwar im Bereich der Hochschulen, der Steuerverwaltungen, der Ausbildungseinrichtungen sowie im Straf- und Maßregelvollzug.

Wir haben, um das Ganze auch personell abzusichern, ein **strukturiertes Personalmanagement** eingeführt. Mit PIA („Projekt Interner Arbeitsmarkt“), ist eine Einrichtung geschaffen, die die Mobilität innerhalb des internen Arbeitsmarktes aktiv begleitet. Und wir haben ein in die Zukunft gerichtetes Personalmanagement neu entwickelt, das Leistung fördert, z.B. ein neues Beurteilungssystem. Ich denke, die **Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung haben einen Anspruch darauf, ernst genommen zu werden, vernünftig beurteilt zu werden, aber auch einen Anspruch darauf, wenn sie neue Aufgaben bekommen, professionell in der Umsetzung begleitet zu werden** – und diese Einrichtungen haben wir zur Begleitung unseres Programms geschaffen.

#### *4. Erhöhung der Investitionen*

Meine Damen und Herren, vierter Punkt ist der gesamte Bereich der Investitionen. Wir haben und das ist, so glaube ich, gerade für die Hamburger Wirtschaft eine ganz zentrale Botschaft, **den Entscheidungsstillstand in dieser Stadt erfolgreich überwunden.**

Meine Damen und Herren, das betrifft sowohl die öffentlichen Investitionen, wie auch die privaten Investitionen. Damit wird das Wachstumspotenzial erhöht und das Leitbild der wachsenden Stadt verwirklicht. Wir erhöhen die Investitionsobergrenze in jährlichen Schritten bis auf 1 Mrd. Euro. Dazu kommt der Effekt aus dem Gebäudemanagement, denn hier sind wir dabei, Investitionsmittel in Betriebsausgaben wirksam umzuwidmen. Diesen Effekt haben wir noch gar nicht eingerechnet. Dadurch erhöhen wir insgesamt die Investitionsquote von 10,6 Prozent auf 12 Prozent und zwar klar gegen den Bundes- und Landestrend.

Die **wichtigsten Projekte** kennen Sie, ob es sich um die Vorbereitung der neuen U-Bahn-Linie in die Hafencity handelt, den Umbau des U-Bahn-Knotens Berliner Tor, die Erweiterung des CCH, die Erweiterung der Messe, aber was vor allen Dingen ganz wichtig ist, die notwendige Sanierung von Schulen und Bildungseinrichtungen und von Sportstätten.

Ich glaube, die Stadt wird bald erkennen, dass hier ein Investitionsschwerpunkt liegt, der dieser Stadt wieder dient und der auch unsere Schulgebäude, unsere Bildungseinrichtungen, unsere Straßen in einen Zustand bringt, wie es Schüler, wie es Universitätsangehörige, aber wie es auch die Autofahrer verdienen.

Meine Damen und Herren, aber wichtig sind nicht nur staatliche Investitionen, genau so wichtig und eigentlich noch wichtiger ist, dass wir die **Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessern, dass wir auch Entscheidungen treffen und Vertrauen schaffen, damit die Unternehmen wieder in Hamburg investieren.**

Das tun wir in der Hafencity, das tun wir mit der Europa-Passage, das tun wir mit dem Domplatz, das tun wir mit dem Hafencityrand – um nur einige Beispiele zu nennen. Ich glaube, wer sich überzeugt, wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, der sieht, dass an vielen wichtigen Punkten die Jahre, ja Jahrzehnte lang vernachlässigt wurden, heute Baukräne stehen. Das sind die sichtbaren Zeugen, meine Damen und Herren, der wachsenden Stadt und dafür schaffen wir die entsprechenden Rahmenbedingungen.

#### *5. Aktivieren von Flächen und Ordnen von Beteiligungen*

Und, meine Damen und Herren, wir schichten aktiv Vermögen um. Es gab eine große Lücke in dieser Stadt, dass es in Hamburg keinen Raum gibt, keinen Platz zum Wachstum. Noch der Flächenplan 1996, den der Senat verabschiedet hat, geht davon aus, dass Hamburg keinen Platz hat, keine Flächen, um zu expandieren. Das ist das größte Märchenbuch, was ich in Hamburg jemals gelesen habe.

Was Sie erleben, meine Damen und Herren, ist, dass in den großen Bereichen der Flächen des Hafens, der ehemaligen Flächen des Landesbetriebes Krankenhäuser, im Bereich von pflegen & wohnen sowie der weiteren Konversionsflächen von Bahn, Post, Bundeswehr und Telekom, **heute ein Flächenpotenzial zur Verfügung steht, das die Voraussetzungen schafft, dass diese Stadt auch in Zukunft wachsen kann.** Alles was Sie dagegen bemühen, indem Sie ständig behaupten, dass die Kleingärten gefährdet sind, um die wachsende Stadt nach vorne zu bringen, das stimmt nicht. Wir werden ganz andere Flächen nutzen, die heute zu den Brachflächen in dieser Stadt gehören.

Und, meine Damen und Herren, da Sie ja rechnen können und auch bei der Opposition rechnen können: Was an Konversionsflächen dieser Stadt zur Verfügung steht, ist etwa das Fünffache der Flächen der heutigen HafenCity. Das alles zeigt, dass hier Grundstücke genug vorhanden ist. **Es ist unsere Aufgabe, diese Flächen durch ein entsprechendes Flächenmanagement zu organisieren.** Und wir sind dabei, grundsätzlich unsere Flächenpolitik neu auszustatten, um auch hier die entsprechenden Voraussetzungen für die Stadt zu schaffen und den Stillstand aufzugeben.

Meine Damen und Herren, dazu gehört auch das Thema der **Erbbaurechtspolitik.** Warum sind in der Vergangenheit die Bürger und die Unternehmen durch eine eigentumsfeindliche Politik des Senats geknebelt worden? Dieses haben wir beendet. Wir haben die Nichtverkaufsgebiete bei den Erbbaurechten aufgehoben. Wir bieten jetzt die Erbbaurechte der Stadt den Genossenschaften und Grundeigentümern an, mit dem **Ziel einerseits, Eigentum in privater Hand zu fördern, aber auf der anderen Seite auch private Investitionen anzustoßen.**

Und, meine Damen und Herren, die Resonanz, die wir jetzt schon darauf verspüren, zeigt, dass unsere Politik, die Erbbaupolitik der Vergangenheit angehören zu lassen, heute angenommen wird und wir einen richtigen Schritt im Interesse der wachsenden Stadt vollzogen haben.

Meine Damen und Herren, wir ordnen auch die Beteiligungen neu. Der Senat hat gestern in einer Drucksache beschlossen, dass wir unsere **Beteiligungen ordnen und systematisieren.** Der **nur von Kassennot betriebene, blinde Ausverkauf hamburgischen Staatsvermögens,** meine Damen und Herren, der muss, wird und **ist beendet.** Wir haben eine Drucksache vorgelegt, die dafür sorgt, dass wir jetzt Transparenz und eine vernünftige Grundlage für den Diskussionsprozess bekommen. Das gibt Sicherheit für die Unternehmen, das gibt aber auch Sicherheit für diese Stadt. Wir vollziehen diese Entscheidung anhand von klaren Ordnungskriterien. Aber eins ist auch klar: **Beteiligungen sind nicht mehr Rückzugsinseln für den unseligen Begriff Daseinsvorsorge.** Ich glaube, es wäre gut, wenn wir uns von diesem Begriff lösen und fragen, was langfristig die Rolle in dieser Stadt ist, was die Rolle des Staates in der Wahrnehmung staatlicher Dienstleistungen ist und anhand von strukturierten Begriffen diese Diskussion führen und nicht Ausverkauf nach Kassenlage betreiben.

Wir haben, denke ich, in unseren vier Kategorien eingeteilt, was wichtig für die Infrastruktur Hamburgs ist, was wichtig ist, um den Wirtschaftsstandort zu sichern, was wichtig ist zur Sicherung fachpolitischer Interessen. **Wir haben klare Kriterien nicht nur formuliert, sondern auch praktiziert.** Und ich denke, wir haben an dem Beispiel HSH Nordbank AG gezeigt, wie man Beteiligungspolitik in dieser Stadt sinnvoll betreiben kann. Veräußerungen ohne irgendeine Beschäftigungssicherung, ohne Ausbildungsplatzsicherung, ohne Sicherung von Standorten –auch in der Metropolregion- wie sie in der Vergangenheit bei der HEW geschahen, passen nicht in diese Konzept.

Zur Vermeidung von Fehlinterpretationen hat der Senat ausdrücklich klargestellt, dass in der Zeit, für die der Senat gewählt ist, **keine Anteile an SAGA und GWG verkauft werden.**

Meine Damen und Herren, wir werden auch am Beispiel des Landesbetriebes Krankenhäuser Hamburg zeigen, wie man Beteiligungspolitik in dieser Stadt sinnvoll betreiben kann. Das ist schon deswegen nötig, weil – ich habe es eingangs gesagt – wir erhebliche Altlasten in diesem Bereich haben, die wir endlich im Interesse der Mitarbeiter, aber auch der Patienten dieser Stadt, bewältigen müssen. Wir können nicht auf Dauer die Gesundheit dieser Stadt, die Gesundheitspolitik dieser Stadt, mit unübersehbaren Hypotheken der Vergangenheit belasten.

#### *6. Senkung der Neuverschuldung*

Meine Damen und Herren, wir werden gleichwohl schrittweise die Neuverschuldung senken. Das wird schwierig und kann nur in kleineren Schritten geschehen, aber **unser Ziel ist, dass am Ende der Planungsperiode die Netto-Neuverschuldung nur noch 600 Mio. Euro beträgt.**

#### *7. Finanzierung der politischen Schwerpunkte*

Meine Damen und Herren, eben weil wir in der Lage sind, eine Konsolidierungspolitik mit Augenmaß zu betreiben, können wir es uns leisten, unsere politischen Schwerpunkte zu finanzieren – allem voran die beiden Bereiche **Bildung und Innere Sicherheit**, aber darüber hinaus noch das Thema **Verkehrsinfrastruktur**.

## **V. Finanzpolitik der Taten**

Meine Damen und Herren, Sie sehen allein an diesen wenigen Beispielen, dass der Senat konsequent und entschlossen handelt und eine Haushalts- und Finanzpolitik gestaltet, die sich an übergeordneten, klaren und von Bürgern und Unternehmen nachvollziehbaren Kriterien vollzieht.

Das wird, und das spüren wir täglich, von den Unternehmensverbänden dieser Stadt, von den Kammern und selbst, von den Gewerkschaften, wenn man sie still im Kämmerlein fragt, auch honoriert.

Was ist im Grunde genommen unsere Botschaft?

1. **Mehr Investitionen, weniger Bürokratie.** Wir steigern die Investitionen schrittweise und senken die Ausgaben für die öffentliche Verwaltung.
2. **Wir schichten aktiv Vermögen um, mit einer geringeren Neuverschuldung.** Das betrifft auch Immobilien und Beteiligungen.
3. **Wir sparen sinnvoll bei allem und können dadurch unsere Prioritäten finanzieren.**
4. Mit all diesem, meine Damen und Herren, ist **keine Steuern- und Abgabenerhöhung** verbunden. Statt dessen fördern wir die Wachstumskräfte in unserer Stadt.

Mit diesem Haushalt und der mittelfristigen Finanzplanung stellen wir sicher, dass das Ziel der wachsenden Stadt zum Wohle Hamburgs, seiner Bürger und seiner Unternehmen erfüllt werden kann.

Kontakt:

Pressestelle der Finanzbehörde, Burkhard Schlesies  
Telefon (040) 428 23-1662, Telefax -2230,  
E-Mail: burkhard.schlesies@fb.hamburg.de  
Im Internet: [www.pressemeldungen.hamburg.de](http://www.pressemeldungen.hamburg.de)  
[www.finanzbehoerde.hamburg.de](http://www.finanzbehoerde.hamburg.de)

Anhang

(Nur bei der gedruckten Fassung): Erklärende Tabellen und Grafiken

- Gesamtübersicht zum Finanzplan 2003 bis 2007 und Kennzahlen 2001 bis 2004
- Hamburger Steuereinnahmen 2004 vor Länderfinanzausgleich
- Bereinigte Gesamtausgaben 2004 nach Arten
- Bereinigte Gesamtausgaben 2004 nach Einzelplänen
- Investitionen 2004 nach Einzelplänen
- Entwicklung der Finanzierungssalden im Betriebshaushalt 1991 bis 2007

Senator Dr. Wolfgang Peiner:

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Senat bringt den Entwurf des Haushaltsplans 2004 mit den zwischenzeitlich notwendig gewordenen Ergänzungen sowie die dementsprechend angepasste mittelfristige Finanzplanung 2003 bis 2007 erneut in die Hamburgische Bürgerschaft ein.

Unser Ziel ist es, eine Verabschiedung vor der Sommerpause zu ermöglichen, um die vorläufige Haushaltsführung zu beenden. Basis unseres Entwurfes ist der Haushaltsplan-Entwurf 2004, den der Senat am 3. September 2003 eingebracht hat und den der Haushaltsausschuss in zwei Lesungen beraten hatte.

Seit den Beratungen im Haushaltsausschuss hat sich die finanzpolitische Lage weiter verschlechtert. Deshalb kann ich auch davon ausgehen, dass die Ziele und Maßnahmen, die ich im September vor diesem Haus erläutert habe, unverändert Gültigkeit haben. Aber ich möchte einleitend doch noch einmal an einige Kernargumente erinnern, insbesondere auch an unseren Ausgangspunkt, nämlich die von unserem Rechnungshof bestätigte Lagebeurteilung.

Unmittelbar zuvor hatte der Rechnungshof in seiner Stellungnahme zum Jahresabschluss gesagt, dass wir seit langem über unsere Verhältnisse leben und mehr ausgeben, als wir einnehmen. Der Rechnungshof mahnt uns - er hat es immer wieder getan, aber besonders deutlich im letzten Jahr -, beim Rückgriff auf die Substanz und bei der Verschuldung nicht mehr weiter voranzugehen. Zur Erinnerung: Seit Anfang 1990 wurden über 5 Milliarden Euro Vermögen der Stadt veräußert, überwiegend Beteiligungen an für unseren Standort wichtigen Unternehmen. Trotz dieser Veräußerungen hat sich die Gesamtverschuldung der Stadt auch in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt. Dieser Trend muss gebrochen werden.

Unsere Antwort, die wir im September letzten Jahres hier vorgetragen haben, war die Konzeption einer verantwortungsbewussten Konsolidierung, die bewusst einen Mittelweg zwischen erstens einem finanzpolitisch undenkbaeren Verzicht auf Konsolidierung unter Inkaufnahme einer höheren Neuverschuldung und zweitens dem rechtlich kaum möglichen sofortigen und vollständigen Ausgleich des Haushaltes durch drastische Leistungseinschnitte auf der Ausgabenseite darstellte. Rechtlich vor dem Hintergrund kaum möglich, da die überwiegenden Ausgaben unseres Haushaltes entweder durch bundesgesetzliche oder durch landesgesetzliche Rechtsgrundlagen abgesichert sind.

Verantwortungsbewusste Konsolidierung verbindet konsequentes Sparen mit deutlichen Schwerpunkten bei den politischen Prioritäten im Interesse des Wachstums der Stadt. Deswegen setzen wir unverändert auf einen Mix unterschiedlicher, aufeinander abgestimmter Maßnahmen, nämlich: Stabilisierung der Steuereinnahmen, Überrollung der Vorjahresansätze, aufgabenkritische Einsparungen, Einfrieren der Personalausgaben und Vermögensmobilisierung.

Nur durch dieses Maßnahmenbündel konnten wir in der Vergangenheit, können es jetzt und wollen auch in der Zukunft verfassungswidrige Haushalte verhindern.

Wir sehen mit großer Sorge, dass sowohl der Bund als auch die meisten unserer Nachbarländer mittlerweile in ihren jährlichen Verschuldungen deutlich über der Verfassungsgrenze, nämlich den Investitionen, liegen. Uns ist es bisher gelungen und ich hoffe, es wird auch weiterhin gelingen, die Verfassungswidrigkeit zu vermeiden und uns innerhalb der von der Finanzverfassung vorgesehenen Richtlinien zu bewegen.

Was hat sich nun gegenüber dem vom Haushaltsausschuss in erster und zweiter Lesung beratenen Haushaltplan-Entwurf verändert? Das sind vier Komplexe. Wir berücksichtigen nun mit dem neuen Entwurf die November-Steuerschätzung aus dem Jahre 2003. Wir berücksichtigen die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat zu den Steuer- und Leistungsgesetzen. Wir etatisieren die fällig gewordene Bürgschaft für zwei Kreuzfahrtschiffe und wir berücksichtigen Mehrausgaben durch Ergänzungen und Bepackungen, die hier im Wesentlichen bereits von der Bürgerschaft beschlossen worden sind und denen wir auch zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen gegenüberstellen.

Was bedeuten nun diese vier Punkte im Einzelnen? Wir haben im Vermittlungsausschuss sehr ausführlich über die steuerlichen Rahmenbedingungen nicht nur beraten, sondern auch entschieden. Das Ergebnis war ein für Hamburg sehr gutes Ergebnis, das nämlich dazu führte, dass nach der November-Steuerschätzung die Steuermindererwartungen von rund 150 Millionen Euro für 2004 doch um rund 50 Millionen Euro niedriger ausgefallen waren. Allerdings – und das ist die Kehrseite der jetzigen konjunkturellen Situation – besteht für das laufende Haushaltsjahr 2004 neu das Risiko höherer Zahlungsverpflichtungen Hamburgs in den Länderfinanzausgleich, weil vor dem Hintergrund der unbefriedigenden konjunkturellen Situation die Steuereinnahmen der Länder und insbesondere der anderen Länder noch einmal deutlich schlechter geworden sind. Diese relativ gestiegene Finanzkraft Hamburgs führt also zu einer hohen Zahlungsverpflichtung in den Länderfinanzausgleich. Das war bereits 2003 so und wird wahrscheinlich auch 2004 so bleiben.

Aus diesem Grunde haben sich die im November befürchteten Steuereinnahmen im Saldo bestätigt. Wir rechnen mit bereinigten und verringerten Gesamteinnahmen von rund 120 Millionen Euro. Aber gleichzeitig haben sich die bereinigten Gesamtausgaben gegenüber dem Stand des im November vorgelegten Haushaltsplan-Entwurfs erhöht. Das betrifft insbesondere die Bürgschaft für die zwei Kreuzfahrtschiffe mit rund 50 Millionen Euro, die wir wahrscheinlich dafür bezahlen müssen, aber auch die von der Bürgerschaft beschlossenen Bepackungen, vor allen Dingen das Thema Kindertagesbetreuung mit 40 Millionen Euro. Dazu kam eine kleinere Anzahl von weiteren Ausgaben, sodass wir im Ergebnis zu Ausgabenerhöhungen von rund 65 Millionen Euro kommen.

Durch die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung erhöht sich das Finanzierungsdefizit um rund 185 Millionen Euro. Zur Deckung der zusätzlichen laufenden Ausgaben wird eine globale Minderausgabe von 40 Millionen Euro im Einzelplan 9.2 veranschlagt, die wir bis zur zweiten Lesung, das heißt bis Mitte Juni, auflösen wollen und auch auflösen werden. Hierzu werden zurzeit von allen

Mitgliedern des Senates konkrete Vorschläge erarbeitet, über die dann der Senat in gemeinsamer Verantwortung entscheiden wird.

Das zusätzliche Finanzierungsdefizit ist im Wesentlichen durch einmalige oder konjunkturelle Effekte entstanden. Deswegen wollen wir dies durch eine zusätzliche Vermögensmobilisierung ausgleichen. Insgesamt beträgt das Finanzierungsdefizit des Haushaltes 2004 etwa 1,55 Milliarden Euro, das wie folgt finanziert wird: Vermögensmobilisierung bis zu 710 Millionen Euro, Entnahme aus der allgemeinen Rücklage, die dann aber aufgelöst ist, in Höhe von rund 80 Millionen Euro sowie eine Neuverschuldung von 750 Millionen Euro.

Die Neuverschuldung von 750 Millionen Euro liegt damit unter der Neuverschuldung von 2003 und auch unter der verfassungsmäßigen Obergrenze. Das unterscheidet uns vom Bund und von nahezu allen anderen Ländern. Das bedeutet im Ergebnis, dass wir in Hamburg zusätzliche Finanzlöcher nicht durch eine Zunahme der Neuverschuldung decken, sondern durch Konsolidierungsschritte und Vermögensmobilisierung. Alles andere ist ein falscher Weg. Ich denke, dass der Bund und die anderen Länder mit ihrem Verschuldungskurs auf einem finanzpolitischen Irrweg sind.

Meine Damen und Herren!

Trotz allem muss unsere Finanzpolitik natürlich nicht nur das Jahr 2004 betrachten, sondern sie muss darüber hinausschauen. Der Haushalt ist das „Regierungsprogramm“ in Zahlen. Das gilt für den neu eingebrachten Haushalt 2004 im Allgemeinen und wird auch für den noch im Sommer dieses Jahres vom Senat zu verabschiedenden Doppelhaushalt 2005/2006 gelten.

Die Bedeutung des Haushaltes hat der Erste Bürgermeister in dieser Woche in seiner Bilanz nach dem ersten Monat gewürdigt, indem er zu Recht gesagt hat, der Haushalt sei der gegenwärtig wichtigste Punkt zur Absicherung unseres gemeinsamen Zukunftsprojektes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“. Der Haushaltsplan 2004 ist damit der Ausgangspunkt für die Umsetzung unserer verantwortungsbewussten Finanzpolitik zur Verwirklichung des Leitbildes. Die Finanzpolitik wird dieses in den kommenden Jahren fortsetzen. Diese Finanzpolitik liegt natürlich in der Verantwortung des Senates. Sie liegt aber aufgrund der Budgetverantwortung auch in der Verantwortung des Parlamentes. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns hier und auch grundsätzlich darüber klar sind, dass die finanzpolitische Lage dieser Stadt und auch dieses Landes, aber wir reden heute über Hamburg, unverändert dramatisch ist und keine nachhaltige Besserung bei der Entwicklung der Hamburg verbleibenden Einnahmen in Sicht ist.

Um Ihnen einmal die Größenordnung aufzuzeigen: Es gab eine Schätzung aus dem Jahr 2001. Das war die Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung, die in 2001 für das Jahr 2004 im Hinblick auf die Hamburg verbleibenden Steuern aufgestellt wurde. Vor drei Jahren wurde für dieses Jahr 2004 geschätzt, dass Hamburg mit rund 7,7 Milliarden Euro Steuereinnahmen rechnen könne. Die aktuellen Schätzungen für das Jahr 2004 liegen bei circa 6,6 Milliarden Euro. Das heißt, wir liegen in den aktuellen Schätzungen rund 1,1 Milliarden Euro niedriger gegenüber früheren Planungen. Die Steuerquote, die mal 23 Prozent, mal 24 Prozent, mal fast 25 Prozent betrug, liegt heute bei ungefähr 20 Prozent und damit in Deutschland historisch auf einem extrem

niedrigen Niveau. Die Hoffnung auf eine Besserung nach der Mai-Steuerschätzung findet derzeit keinen konkreten Anhaltspunkt auf eine Besserung. Wir werden die aktuellen Zahlen bis zur zweiten Lesung vorlegen und dann auch berücksichtigen.

Deswegen möchte ich auch ganz klar festhalten:

Es gibt nach meiner Einschätzung keinen weiteren Spielraum für Steuersenkungen. Es gibt aber sehr wohl die Notwendigkeit der Steuervereinfachung. Wir brauchen Steuervereinfachung, wir brauchen hier eine klare Änderung der entsprechenden Gesetzgebungen, und wir sind auch sicher, dass wir vonseiten der Länder Vorschläge machen werden, um das Steuerrecht wieder verständlich, verstehbar und damit auch für den Bürger insgesamt verständlicher zu machen, damit er auch weiß, wie die Zusammenhänge sind.

Auf der anderen Seite – und ich sagte, die Steuereinnahmen seien um über 1 Milliarde Euro gegenüber früheren Schätzungen zurückgegangen – steigen die von den Ländern nicht beeinflussbaren Ausgaben mit erheblicher Dynamik weiter. Der Bund macht die Leistungsgesetze, die Länder verwalten sie, die Kommunen bezahlen sie. Nur der Bund kann die Leistungsgesetze in ihrer Dynamik begrenzen. Er tut es aber nicht und deswegen wird sich die finanzpolitische Lage in den nächsten Jahren nicht grundsätzlich ändern. Zu groß ist die Schere zwischen sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben. Im Moment übersteigen die Ansprüche an den Staat die Möglichkeiten der Finanzierung durch Einnahmen bei weitem.

Ich glaube, wir müssen deutlich machen, dass wir als Staat nur das ausgeben können, was wir einnehmen. Deswegen bin ich auch dankbar, dass der Erste Bürgermeister in seiner Regierungserklärung die finanzpolitischen Ziele erneut bekräftigt hat, indem er sagte, die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass wir für diese Politik des Wandels eher weniger Geld als mehr Geld haben. Sie erwarten keine Politik auf Pump. Auch aus diesem Grunde bin ich froh, dass die Union und auch der Bürgermeister während des Wahlkampfs keine teuren Wahlversprechen gemacht haben.

Das Regierungsprogramm setzt deswegen zu Recht die finanzpolitischen Ziele vor die fachpolitischen Ziele. Was bedeutet das nun? Wir sind und bleiben dabei, dass wir im Rahmen unserer Zielsetzung einer verantwortungsbewussten Finanzpolitik den Betriebshaushalt im Jahre 2006 ausgleichen wollen, um danach die Neuverschuldung aus langsam aufwachsenden Überschüssen im Betriebshaushalt schrittweise zurückzuführen.

Wir werden alle Maßnahmen einleiten, die wir als Land und als Kommune – wir sind Stadtstaat – leisten können. Aber wir müssen auch sehen, dass wir zwei Dinge nicht beeinflussen können. Das eine sind die Steuereinnahmen insgesamt. Unsere Prämisse ist, dass sie nicht weiter wegbrechen, sich allerdings auch nicht dramatisch verbessern. Das andere ist die Zusage der Bundesregierung, dass die Länder und Kommunen durch Hartz IV entlastet werden. Diese Zusage des Bundeskanzlers und des Bundeswirtschaftsministers – davon gehen wir aus – hat unverändert Bestand. Wir haben in unseren Planungen keine Entlastungsbeiträge daraus berücksichtigt. Wir gehen aber im Moment nicht davon aus, dass wir dadurch einen negativen Effekt haben werden.

Von unseren sechs Zielen, die wir insgesamt realisieren wollen, ist das erste die Konsolidierung des Betriebshaushaltes durch die weitere konsequente Umsetzung unserer Beschlüsse Jesteburg I und von Jesteburg II einschließlich der Maßnahmen der Überrollung der Haushalte.

Eine Schlüsselgröße für die Konsolidierung sind vor allem die Personalausgaben. Über ein Drittel, das heißt, 35,3 Prozent unserer Gesamtausgaben sind Personalausgaben mit dem Schwerpunkt Bildung und Innere Sicherheit.

Deshalb brauchen wir im öffentlichen Dienst auch für die Angestellten eine Verlängerung der Arbeitszeit. Eine weitere Belastung der Beamten, die bereits die 40-Stundenwoche haben, halten wir für nicht vertretbar, zumindest solange nicht, solange nicht auch die Angestellten eine entsprechende Arbeitszeit haben. Ich habe die herzliche Bitte, gerade weil auch viele Vertreter der Gewerkschaften in der SPD tätig sind, uns dabei zu unterstützen, wie es in allen anderen Bundesländern der Fall ist.

Meine Damen und Herren! Trotz allem und trotz der Tarifsteigerungen der letzten drei Jahre haben wir die Zuwächse bei den Personalausgaben unter Kontrolle. Das Gleiche gilt auch für die von uns als Land beeinflussbaren Sach- und Fachausgaben. Die Finanzplanung des Jahres 2001 – das war die letzte Finanzplanung des rotgrünen Senates – sah bereinigte Betriebsausgaben von 8,782 Milliarden Euro für das Jahr 2004 vor. Unser heutiger Haushaltsplan-Entwurf sieht 8,615 Milliarden Euro vor, rund 170 Millionen Euro weniger als Sie ursprünglich für das Jahr 2004 vorgesehen haben.

Sie sehen also, dass die Konsolidierung greift. Dabei ist eines interessant, Herr Maier, nämlich die Personalausgaben. Die Personalausgaben im Aktivbereich – und das ist ja der wichtige Bereich – betragen im Jahre 2001 rund 2,4 Milliarden Euro und sie betragen auch im Jahre 2004 rund 2,4 Milliarden Euro. Das heißt, wir haben trotz der Tarifsteigerungen in den letzten drei Jahren die aktiven Personalausgaben eingefroren. Allerdings auffällig gewachsen sind zum Beispiel die Ausgaben für den Versorgungsbereich, die von 870 Millionen Euro im Jahre 2001 auf rund 990 Millionen Euro im Jahre 2004 steigen. Das heißt, so schnell können wir Personalausgaben im Moment gar nicht sparen, wie die Ausgaben im Versorgungsbereich anwachsen. Trotzdem werden wir alle Maßnahmen auch weiter einleiten.

Das heißt aber, dass wir weiterhin unsere Mehrausgaben nur durch Umschichtungen finanzieren können. Deswegen werden und müssen weitere aufgabenkritische Maßnahmen folgen. Zur Aufgabenkritik gehört dann natürlich logischerweise auch die Absenkung von Standards. Unser Spielraum ist ja deswegen gering, weil wir es entweder mit bundesgesetzlichen Regelungen oder mit landesgesetzlichen Verpflichtungen aus der Verfassung heraus zu tun haben, wie Bildung und Innere Sicherheit. Das Einzige, was wir beeinflussen können, ist die Frage der Effizienz der Erbringung der Leistungen und die Standards für diese Leistungen. Diese Standards können wir im bestimmten Umfange selbst verändern und werden wir verändern.

Das zweite Ziel heißt Senkung der Nettokreditaufnahme. Seit 2001 sinkt die Nettokreditaufnahme, wenn auch nur in kleinen Schritten, kontinuierlich. Im Jahre 2001 betrug die Nettokreditaufnahme 823 Millionen Euro, im Jahre 2002 812

Millionen Euro, im Jahre 2003 800 Millionen Euro und für 2004 haben wir 750 Millionen Euro vorgesehen. Diesen Trend werden wir konsequent fortsetzen.

Meine Damen und Herren!

Wenn Sie sich in den Nachbarländern umschauen, wenn Sie sich im Bund umschauen, dann werden Sie sehen, dass wir eines der ganz wenigen Länder sind, wenn nicht sogar das einzige, dass seine Nettokreditaufnahme seit 2001 kontinuierlich senkt. Deswegen haben wir auch klar gesagt, dass es absurd wäre, wenn durch das Gesetz zur Kita-Neuordnung eine zusätzliche Verschuldung infrage kommen würde. Das würde nämlich nichts anderes bedeuten, als dass die Kinder eines Tages für ihre jetzige Betreuung selber bezahlen müssten. Ich glaube, das zeigt die ganze Absurdität von zusätzlicher Verschuldung. Wir haben deswegen für 2004 eine globale Minderausgabe veranschlagt, die wir in gemeinschaftlicher Verantwortung mit konkreten Gegenfinanzierungsmaßnahmen belegen werden.

Das dritte Ziel heißt Steigerung der Investitionen, und zwar der öffentlichen und privaten. Die Investitionen steigen von 2003 über 2004 bis hin in der mittelfristigen Finanzplanung 2007 auf knapp 1,1 Milliarden Euro. Das wird noch Gegenstand einer gesonderten Drucksache sein, die wir dann im Einzelnen vorstellen. Aber unser Ziel ist es, in einem Sonderinvestitionsprogramm Hamburg 2010 für die Jahre 2005 bis 2010 zusätzliche Maßnahmen in Höhe von 1 Milliarde Euro, die zur Hälfte durch Umschichtung und zur Hälfte neu finanziert werden, neu als Investitionen zur Verfügung zu stellen. Dazu kommen Investitionen der öffentlichen Unternehmen, der Messe, CCH, HHLA sowie private Investitionen – Domplatz, HafenCity, um nur zwei Beispiele zu nennen –, für die wir die Voraussetzungen schaffen. Damit erreichen wir eine deutliche Erhöhung der Investitionsquote und nur in diesem Zusammenhang macht Finanzpolitik auch für die Zukunft Sinn: Stringenz im Betriebshaushalt, ausgeglichener Betriebshaushalt mit Überschüssen, aber gleichzeitig eine deutliche Erhöhung der Investitionen ohne zusätzliche Erhöhung der Neuverschuldung zur Finanzierung der finanziellen Entwicklung dieser Stadt. Das sind die Ziele, die wir uns in diesen Bereichen gesetzt haben.

Dazu gehört aber auch als viertes Ziel die Reform der Verwaltung. Die Stichworte heißen: Entflechtung, Entstufung, Beschleunigung. Um den Anforderungen einer modernen bürger- und dienstleistungsorientierten Verwaltung einer wachsenden Stadt gerecht zu werden, müssen die Organisationsstrukturen dieser Stadt kontinuierlich und gezielt weiterentwickelt werden. Ziel – und das ist einfach der Anspruch, den der Bürger auch hat – muss eine einheitliche und abschließende Betreuung des Bürgers an einer Stelle sein. Dies werden wir auch durch entsprechende elektronische Unterstützung flankieren.

Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode einen entsprechenden Vorschlag für eine effiziente Organisation des Verwaltungsaufbaus in Hamburg vorlegen, der vor allen Dingen auch das Ziel der Beschleunigung auf allen Ebenen hat, denn Zeit, meine Damen und Herren, ist eben ein Faktor.

Das fünfte Ziel ist Flächenmobilisierung. Hamburg hat ausreichend attraktive Flächen für private Investoren, für Handel, für Gewerbe, für Industrie und Wohnungen zur Verfügung. Wir werden dazu insbesondere die im Stadtgebiet vorhandenen Konversionsflächen verfügbar machen und hierfür die planerischen Voraussetzungen

sicherstellen. Deswegen werden wir auch den Flächennutzungsplan aus dem Jahre 1997 ändern, um ihn an die Erfordernisse der wachsenden Stadt anzugleichen. Flächenmobilisierung wird aber auch erforderlich sein, um Voraussetzungen für die Umschichtung von Vermögen und damit nicht zuletzt auch zum Ausgleich des Haushaltes zu schaffen.

Sechstens muss unser Ziel sein, die öffentlichen Unternehmen dieser Stadt in die Verantwortung einzubeziehen. Wir werden die Privatisierung öffentlicher Beteiligungen nach unseren vorgelegten Plänen der Kategorisierung und der Einordnung fortsetzen. Wir wollen aber keine öffentlichen Unternehmen verkaufen, um Löcher im Betriebshaushalt zu stopfen. Maßgebliches Kriterium für den Umfang des öffentlichen Einflusses ist die Erforderlichkeit für die Infrastruktur der Stadt und die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Hamburg mit seinen Arbeitsplätzen. Wir sind auch dabei, gerade die Aufsichtsgremien hierzu mit externem Sachverstand zu stärken, aber parallel dazu auch die Beteiligungsverwaltung weiter zu straffen. Wir gehen in unserer Finanzplanung auch davon aus, dass die öffentlichen Unternehmen einen angemessenen Beitrag an den Haushalt leisten werden, um die Ansprüche an die Stadt entsprechend zu finanzieren.

Meine Damen und Herren!

Die Haushaltslage der Stadt ist trotz der Arbeit und auch der Erfolge der Jahre 2002 und 2003 nach wie vor äußerst angespannt. Deswegen gibt es zu unserer Politik der verantwortungsbewussten Konsolidierung keine Alternative. Die sie tragenden Eckpfeiler bleiben unverändert Leitlinien unserer Finanzpolitik.

Wir steigern die Investitionen und senken die Kosten für die Verwaltung. Wir schichten aktiv Vermögen um und senken kontinuierlich die Neuverschuldung. Wir konsolidieren verantwortungsbewusst und konsequent, um unsere Prioritäten zu finanzieren und wir fördern die Wachstumskräfte und insbesondere private Investitionen.

Damit wird Hamburg – im Gegensatz zum Bund und im Gegensatz zu einer großen Anzahl von Ländern – auch in den nächsten Jahren verfassungsmäßige Haushalte aufstellen können, das heißt, unsere Neuverschuldung wird in jedem Jahr unter der verfassungsrechtlich zulässigen Obergrenze liegen.

Alles andere, meine Damen und Herren, als die Neuverschuldung systematisch zu senken, wäre eine Sünde gegenüber den kommenden Generationen, eine Sünde gegenüber unseren Kindern, aber auch gegenüber allen, die in dieser Stadt leben und arbeiten. Deswegen bitte ich Sie, uns in dieser verantwortungsbewussten Politik zu unterstützen.